

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

24.5.1873 (No. 120)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 120.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 fr., durch die Post bezogen
1 fl. 52 fr. vierteljährlich.

Samstag, 24. Mai

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile ober deren
Raum 4 Kreuzer.

1873

Für den Monat Juni laden wir zu zahlreichem Abonnement auf den Badischen Beobachter ergebenst ein.

* Zur Verhandlung über Elsaß-Lothringen im Reichstag.

Zu der Reichstags-Sitzung vom 16. d. hat Bismarck sich einmal für nötig befunden, seinem Herzen über die trotz allem immer noch Capitulaton von Sedan gezwungenen „Ultramontanen“ Luft zu machen. Er hat, da es ihm wie immer an Beweis für die staatsfeindlichen Tendenzen der Letzteren fehlte, zu einer geschraubten Fronte seine Zuflucht genommen, hinter der er seinen grimmigen Aerger nur mühsam verbarg. Trat er doch dem Abg. Windthorst als Gegner gegenüber, der ihm die unausstecklichste Persönlichkeit ist, einmal wegen dessen eminenten parlamentarischer Befähigung, mittelst deren er über den Troß der unbedingten Jamänner so hoch emporkragt, und dann wegen der vielfachen politischen Verbindungen der „kleinen Exzellenz“ bis hinauf in die höchsten Regionen, durch die er in einem kritischen Momente bekanntlich schon einmal dem Reichskanzler gefährlich geworden ist. Letzterer wollte Windthorst am ersten Tage der Schlacht, die sich an Elsaß-Lothringen entspann, auf dem eigenen Terrain, auf dem Gebiete der Fronie schlagen, auf welchem sich bekanntlich der Führer der Centrumsfraction mit so großer Leichtigkeit und Naturwüchsigkeit bewegt. Die hämischen Nadelstiche des Reichskanzlers hatten indessen ihre Absicht nicht erreicht, — sie sind nicht in's Fleisch gedrungen.

Wenn zunächst der Reichskanzler die von Windthorst als „Akte der Gewaltthätigkeit“ bezeichneten Ausweisungen auf das Gesez schob, das er handhaben müsse, so hatte er sich's damit sehr bequem gemacht, weil er es ja war, der die Geseze vorschlug und durchsetzte, so daß also immer wieder jene Akte auf ihn als ihren eigentlichen Urheber zurückfielen. Es stand seine Vertheidigung dieser Maßregeln jedenfalls in einem krassen Widerspruch zu jener Rede in einer früheren Session des Reichstages, in welcher er sich vorzugsweise als den geborenen Anwalt der neuen Reichslande bezeichnete und diesen eine fast republikanische Freiheit in Aussicht stellte.

Was der Reichskanzler sonst über Elsaß-Lothringen, also zur Sache, sprach, war ein völliges Eingeständnis eines totalen Fiaskos seiner Politik, das er, um nicht zu unverhüllt damit herauszutreten, mit einigem ironischem Weiwel gegen Windthorst umgab. „Jedenfalls ist die freudige Hingebung [des elsässischen Volkes] für die Gesamtzwecke nicht vorhanden“, gesteht der Redner mit dürren Worten ein, nachdem seine offizielle Presse seit geraumer Zeit nur Lobeshymnen über das fortschreitende Verständnis der neuen Reichsbürger für die preußisch-deutsche Verwaltung zum Besten gegeben hatte. Ja, der Fürst geht noch viel weiter: er ist offenbar so verstimmt über das gänzliche Fehlschlagen seiner Politik über dem Rheine, daß er nicht undeutlich zu verstehen gibt, daß nicht er eigentlich auf der Anexion Elsaß-Lothringens bestanden, daß also nicht die Politik bei der Einverleibung dieses Gebietes die ausschlaggebende Rolle gespielt habe, sondern nur die militärischen Rücksichten entscheidend gewesen seien. Das Mißlingen der inneren Mission, die sich der Reichskanzler zur Aufgabe gemacht, fällt damit nicht auf ihn, sondern auf die Generale zurück, die diese Vormauer für nötig erachtet haben, und damit auch ein weiterer Factor des Scheiterns nicht fehle, spricht der Redner auch noch das nur zu wahre und bei uns in Baden allenthalben, wenn auch meist nur im Stillen als sehr richtig erkannte Wort aus, daß die preußischen Beamten es nirgends verstehen, sich die Sympathien derer zu erobern, zu denen sie zur verwaltenden Regierungsthätigkeit berufen werden. Aus diesem Grunde scheint auch der Herr

Reichskanzler kein Freund zu sein von der Erwerbung überseeischer Colonien — denn alle Gerüchte in der Beziehung, wie z. B. die Erwerbung der Philippinen, wurden stets bis jetzt sehr „stramm“ in Abrede gestellt — und wenn dem so ist, so wird Fürst Bismarck recht weise handeln. Was übrigens die militärische Vormauer betrifft, die Elsaß-Lothringen uns gewähren soll, so kann man darüber verschiedener Meinung sein, ohne gerade auf militärische Kenntnisse besonderen Anspruch erheben zu müssen. Hat man denn nicht preußischerseits und in allen „liberalen“ Blättern den Oesterreichern Jahre lang vordemonstrirt, daß die Vormauer Venetien mit all' ihren Festungsbollwerken gar nichts zur Sicherheit Oesterreichs beitrage, daß vielmehr dieses viel stärker werden würde bezw. stärker geworden sei durch das Aufgeben dieses Landstrichs, weil die Bevölkerung des Landes ein Dorn im Fleische, eine ewig eiternde Wunde des Kaiserstaates sei? —

Aber Bismarck hat noch einen anderen Grund für die Renitenz der neuen Reichskinder in petto, der, wenn alles Andere keinen Eindruck macht, seine Wirkung nicht verfehlen wird: er zieht das confessionelle Element herein und bringt die „akatholische Regierung“ in's Spiel, wodurch die Sympathien der Regierten entfremdet würden. Ei, das ist ja etwas Nagelneues, daß die Reichsverwaltung eine „akatholische“ sei, wovon man nicht schnell genug Notiz nehmen kann! Uns scheint, daß der Reichskanzler hier in seinem Gedankengang die Reichsverwaltung mit der preußischen Regierung pure verwechselt hat, was wir ihm aber gerne verzeihen wollen, da es uns auch schon oft so gegangen ist im Hinblick darauf, daß die Bayern und die sonstigen deutschen Volksstämme wie ihre Regierungen drüben über dem Rheine von den preußischen Elementen ganz in den Hintergrund geschoben sind und also de facto nur noch von einer preußischen Verwaltung gesprochen werden kann. Aber selbst bei einer wirklich akatholischen Regierung trifft des Redners Deduction nicht zu: wolle doch gefälligst der Herr Reichskanzler nach Württemberg schauen, wo eine akatholische Regierung bei einer überwiegend akatholischen Bevölkerung an der Spitze steht, und wolle er dann doch gefälligst zugestehen, daß die dortigen Katholiken — und es sind doch meistens „Ultramontane“, da nirgends eine „alkatholische Bewegung“ bemerklich ist — gar keine Unzufriedenheit mit ihrer „akatholischen Regierung“ an den Tag legen, vielmehr im Gegentheil alle Anlässe benützen, um ihrem akatholischen Könige Karl, den Gott beschützen möge, ihre Zufriedenheit mit seiner Regierung in wärmster Ergebenheit kund zu thun! Das Beispiel von der Versammlung in Aulendorf ist durch die kath. Presse ja auch den Herren in Berlin bekannt geworden; möchten sie daraus den weisen Schluß ziehen, daß auch die hartgesotenen Ultramontanen ihre Sympathien jeder Regierung entgegenbringen, die das suum cuique für Alle im Auge behält! —

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. Mai. (R. V. B.)

(Schluß.)

Es folgt die erste Berathung des von dem Abgg. Eiben und Gen. eingebrachten Gesezentwurfs, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes.

Abg. Eiben rechtfertigt den Antrag, indem er auf die vielfachen Uebelstände und Ungleichheiten hinweist, welche bei den Eisenbahn-Verwaltungen vorherrschen, sowie auf die Schritte, welche seitens des Reichstages bereits geschehen seien, um Abhilfe zu schaffen. Die Antragsteller glauben, daß es vorläufig zur Ausbesserung der schreiendsten Uebelstände ausreiche, wenn ein Reichs-Eisenbahnamt geschaffen werde. Deshalb werde die Frage der Concession bei Seite gelassen. Nach ihrem Antrag soll das Reichsamt die Behörde sein, bei welcher alles Material zusammenläuft, es soll die Controle haben, daß die Bestimmungen der Verfassung auch wirklich ausgeführt werden, es soll die eingehenden Beschwerden erledigen und soll endlich der Mittelpunkt der ferneren Gesetzgebung sein.

Fürst Bismarck. Zu der Regel ergreifen den Anträgen, die aus diesem Hause ihre Initiative finden, gegenüber die Mitglieder des Bundesrathes in der ersten Lesung nicht das Wort, weil eine Verständigung der verbündeten Regierungen darüber nicht hat stattfinden können. Ich befinde mich aber bei

diesem Antrage persönlich in einer ausnahmsweisen Stellung. Nach dem Art. 17 der Verfassung liegt Sr. Majestät dem Kaiser die Ueberwachung und Ausführung der Bundesgeseze ob, und für die Art, wie dies geschieht, ist der Reichskanzler verantwortlich. Zu diesen Bundesgesezen, deren Ausführung überwacht werden soll, gehört vor allen Dingen die Verfassung selbst. Wenn nun schon seit Jahren einer der für das Wohl befinden und den Verkehr des Publikums wichtigsten Abschnitte eine Ausführung noch so gut wie gar nicht gefunden hat, so lastet dies auf dem Reichskanzler, der den Antrag zu geben haben würde, am schwersten. Es ist kein Abschnitt der Reichsverfassung der Fertigkeit so nahe, als der, wo dem Reiche große Attributionen in der Theorie verliehen sind, aber es fehlt die praktische Handhabe. Es ist mir trotz meiner Anstrengung bei einer vielfach durch Krankheit durchbrochenen Thätigkeit nicht gelungen, der Erfüllung dieser Aufgabe näher zu treten, und selbst die Mahnungen, die von Seiten des Reichstages an mich gelangt sind, haben mir die nöthige Unterlage nicht gegeben, deren ich bedurfte, um eine Vorlage zu Stande zu bringen. Ich hoffe, daß die Hindernisse, die bisher obgewaltet, gehoben sind. Ich bin fest entschlossen, so weit mein persönlicher Einfluß reicht, dem Antrag zur Seite zu stehen, und bin den Antragstellern wesentlich dankbar, wenn Sie mir helfen, mein schwer belastetes Gewissen durch Ausführung dieses Antrages zu erleichtern.

Abg. Ehard hätte es für zutreffender gehalten, erst das Eisenbahngesez zu machen und dann diese Vorlage einzubringen; denn es sei verkehrt, zuerst einen Richter zu schaffen und dann Normen aufzustellen, nach welchen er Recht sprechen soll. Redner hofft indessen, daß die Annahme des Entwurfes, mit dessen Grundgedanken auch er übereinstimmt, auch bald zu dem Eisenbahngeseze führen werde. Ihn erfülle nur ein Bedenken. Durch das Reichs-Eisenbahn-Amt wäre allerdings die Oberaufsicht von der Verwaltung in Bezug auf die Staatsbahnen wie auf die Privatbahnen getrennt, anders liege es aber für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, deren Concurrenz bereits jetzt nicht mehr von den badischen Bahnen ertragen werden kann, was Redner durch eine Verlegung der den elsässischen Bahnen aus der Kriegskontribution zugewiesenen Mittel nachweist. Eine elsässische Landesbahn werde Baden nicht schädigen, wohl aber eine Bahn, welche ausschließlich aus Reichsmitteln unterhalten werde, um einem benachbarten Bundesstaat Concurrenz zu machen. Möge die Reichsregierung den Uebelständen, wie sie hier vorliegen, thunlichst und baldigst abhelfen.

Fürst Bismarck. Wenn ich auch die Berechtigung der Beschwerden des Vorredners zugeben könnte, was ich nicht kann, weil mir augenblicklich das nöthige Material fehlt, so weiß ich gar nicht, wie er einen wirksamern Weg zur Abhilfe finden kann, als er in diesem Antrag vorgeschlagen ist. Ich möchte also dringend bitten, daß die Freunde dieses Antrages durch das Bedürfnis, den Antrag zu erweitern, es uns nicht unmöglich machen, den Ansätzen entgegenzukommen. Ich bin schon wesentlich in meinem Gewissen beruhigt, wenn ich eine Beschwerde-Zustanz gegenüber dem Einzelstaat und der Reichsverwaltung habe, und wenn nur darauf hingewirkt wird, daß die Reichsverwaltung im Stande ist, die Reglements, die sie erlassen hat, zu einer Wahrheit zu machen und ihre Durchführung nöthigenfalls zu erzwingen.

Abg. Braun (Gera) verkennt die schwierige Lage, in der Baden den concurrirenden Nebenbahnen gegenüber sich befindet, durchaus nicht. Er will diese Lage auch nicht verstimmen; im Gegentheil, wir haben alle Ursache, die Lage Badens zu erleichtern; denn Baden war schon 1867 heimliches Mitglied des Norddeutschen Bundes. Es hat alle Lasten getragen, ohne an den Vorteilen Theil zu nehmen.

Abg. Febr. v. Roggenbach bringt ebenfalls Bedenken gegen den Antrag zur Sprache, da die Errichtung eines solchen Reichsamtes die badischen Bahnen schwer schädigen würde. Nachdem der Mitantragsteller Abg. Lasker den Antrag befürwortet hat, wird die zweite Berathung im Plenum des Hauses beschlossen und sodann die Sitzung vertagt.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. Mai. S. K. H. der Großherzog haben unterm 14. d. Mts. gnädigst geruht, den Cameralpracticanten Georg Will von Weinheim, zur Zeit Steuercommissär in Thiengen, zum Revisor bei der Domänen-direction zu ernennen.

* Karlsruhe, 21. Mai. In der Karlsruher Zeitung lesen wir: „Nachdem von Ostern ab in dem Lebensstande der hiesigen altkatholischen Gemeinde tiefe Ebbe eingetreten war, wird am nächsten Donnerstag, dem Himmelfahrtstage, Professor Michelis wieder einmal in der Universitätskirche einen Gottesdienst abhalten. Ohne Zweifel wird seine Predigt großen Zudrang finden.“ An letzterem zweifeln wir nicht, da die ganze Gesellschaft der Kirchenfeinde sich ohne Zweifel zahlreich einstellen dürfte, wenn gehörig über Papst und Bischof losgezogen wird. Die Karlsruher Zeitung aber halten wir für viel zu verständig, als daß sie annehmen sollte, daß die eine Predigt des Dr. Michelis der tiefen Ebbe der altkatholischen Gemeinde wieder aufhelfen könnte; dergleichen Läu-

Charakteren verweist man in die Landesbase. Die „allkatholische“ Gemeinde — wir acceptiren diese letztere Bezeichnung der Karlsr. Btg., weil damit die Trennung von der katholischen Kirchengemeinschaft zugegeben und der Sektcharakter der sogenannten Allkatholiken constatirt ist — hat nun den Katholiken eine ihrer schönsten Kirchen entzogen, und wozu? Um bald darnach in dem officiellen Regierungsblatt ihre tiefe Ebbe constatiren zu lassen, so daß nach monatelangen Kunstpausen erst wieder eine Predigt zu Stande gebracht werden kann! Kann man sich ein ärmlischeres Zeugniß überhaupt ausstellen? Die allkatholische Gemeinde in Freiburg wird, wenn auch nicht in den Himmel, so doch bald in die Luft fahren, — auch wenn Hr. Michalis definitiv dorthin übersiedeln und Constanz verlassen sollte mit den passenden Worten:

„Und zum Hofmann sagte er,
„Hofmann sei du Statthalter!“

Aus Freiburg, 17. Mai, wird der „Augsb. Postztg.“ geschrieben: „Ihr geehrtes Blatt, welches ja der Wahrheit und nur der Wahrheit dient, wird im Interesse der letzteren auf Ihre an sich gewiß treffenden Bemerkungen über Hecker einigen Gegenbemerkungen die Spalten nicht versagen. Meine Quelle ist ohnedies keine trübe, sondern der Bruder des Betreffenden selbst (er ist bekanntlich pensionirter Professor hier). Nach derselben ist zwar Hecker kein Freund der Ultramontanen; aber er will denselben auch nicht Licht, Luft und Leben entziehen, sondern ihnen dieses Alles auf dem Boden der gerechtesten und billigsten Freiheit gestatten. Dagegen ist er ein abgesetzter Feind unseres Freiheit mordenden und Gewissen tödtenden Liberalismus, der seinen Frieden und seine Ruhe in der parlamentarischen Sanction eines russischen Militarismus und eines despotisch türkischen Chalisates findet. Sollte Hecker früher anderen Ansichten gehuldigt haben, so hat er eben in dem Lande der wahren Freiheit etwas gelernt und etwas verlernt. Gelernt hat er wahre Toleranz und Duldung (Wollen sehen, wenn er kommt und bleibt. D. R.), und verlernt hat er die auf dem Lauche kriechende Anbetung vor den vom Erfolg begünstigten Tagesgötzen.“

ff Freiburg, 20. Mai. Wie anderwärts zeigt auch hier der Wiener „Börsenkrach“ seine Wirkungen. Dieser Tage ist 300 Maurer- und Zimmergesellen die Arbeit gekündigt worden. Manche hoffen hievon ein Sinken der „ins Aschgraue“ gesteigerten Löhne. Wir erblicken in solchen Ereignissen eher das Vorbild der unausbleiblichen socialen Katastrophe.

Heidelberg, 17. Mai. In der Kapelle des heiligen Gottesackers wurde heute Morgen ein Trauergottesdienst an der Leiche des ehemaligen Herrschers von Rumänien, Fürsten Kusa, von dem griechischen Geistlichen aus Baden abgehalten. In der Mitte der Kirche stand auf einer kleinen Erhöhung der geöffnete einfache schwarze, mit Blumen besetzte Sarg, in ihm lag der Todte im schwarzen Frack; auf der sammtnen Decke, welche den unteren Theil des Körpers bedeckte, sah man das Evangelium und ein Crucifix liegen. Der schlichten Feierlichkeit wohnten nur einige Personen bei, darunter die Frau des Verstorbenen, zwei Brüder derselben mit ihren Frauen und der Fürst Obolensky. Der Verstorbene lebte die letzten Jahre in Florenz, woher er vor einigen Tagen erst gekommen war. Schon längere Zeit litt er an einer Luftröhrenkrankheit, die sich auf der Reise noch verschlimmert hatte. Nichtsdestoweniger hätte er mit dieser Krankheit noch längere Jahre leben können, wenn nicht ein Herzschlag unerwartet den Tod herbeigeführt hätte. Sein Leichnam wird nach der Moldau gebracht werden. Die beiden Söhne, die er hinterläßt, sind nicht Kinder seiner Frau, wurden aber von dieser adoptirt und mit mütterlicher Liebe erzogen. (Köl. Btg.)

Aus der Pfalz, 18. Mai, wird der Pfälzer Zeitung geschrieben: „In dem Inseratentheil des „Pfälzischen Kuriers“ ist Folgendes zu lesen:

„Belanntmachung. Durch Beschluß der unterfertigten Behörde vom heutigen wurde der politische Verein der deutschen Katholiken auf Grund der Art. 17 und 19 Ziffer 4 des Vereinsgesetzes vom 26. Februar 1850 geschlossen, was der Bestimmung dieses Gesetzes, Art. 19 letzter Absatz, entsprechend, hiermit veröffentlicht wird. Homburg, den 15. Mai 1873. Königl. Bezirksamt: Siebert.“

Der Mainzer Katholikenverein ist dem „Liberalismus“ und den mit diesem verbündeten Regierungen längst ein Dorn im Auge, allein die letzteren wußten nicht, wie ihm beizukommen sei. Der Bezirksamtmann von Homburg hat jetzt mit bewundernswerthem Scharfsinne das Mittel hierzu entdeckt in den angeführten Artikeln des Gesetzes: „die Versammlungen und Vereine betr.“ Nur schade, daß diese Artikel auf den Mainzer Katholikenverein sich beziehen, wie Faust auf Auge. Art. 17 lautet nämlich: „Politischen Vereinen ist nicht gestattet, mit andern in der Art in Verbindung zu treten,

daß entweder die einen den Beschlüssen und Organen des andern unterworfen oder mehrere solche Vereine unter einem gemeinsamen Organe zu einem gegliederten Ganzen vereinigt sind.“ Der hierauf bezügliche Art. 19 mit Ziff. 4 lautet: „Jede Polizeistelle oder Behörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben dem Art. 17 (oder dem hier nicht in Betracht kommenden Art. 18) entgegen handeln.“

Die Statuten des Mainzer Vereins sind bekannt und eben so bekannt ist, daß es sich bei demselben um einen einzigen, nicht um einen in Zweigvereine gegliederten Verein handelt, daß also auch die angeführten Gesetzesbestimmungen keine Anwendung auf ihn finden können. Der Auflösungsbeschluß des Bezirksamtes Homburg ist daher entschieden ungesetzlich und wird deshalb auch ohne allen Zweifel im Falle des Recurses an die höhere Behörde von dieser aufgehoben werden. Unter den Gründern des Mainzer Katholikenvereins waren gewiegte Juristen, die, wie sich denken läßt, der Polizei keine so plumpe Handhabe zur Auflösung des Vereins geboten hätten, wie die Nichtbeachtung der angeführten gesetzlichen Bestimmungen. Auch gibt es anderwärts übereifrige Beamte genug, welche sich längst durch die Auflösung des Vereins nach Oben zu empfehlen gesucht hätten, wenn sich dies so leicht machen ließe, wie das Bezirksamt Homburg zu glauben scheint.“

Aus der Diocese Speyer, im Mai. Seit 5. Mai bereiste der hochw. Herr Bischof v. Hanenberg das Decanat Germersheim, um die hl. Firmung zu ertheilen. Die Bevölkerung der 6 Firmstationen bot Alles auf, um die Anwesenheit des allverehrten Oberhirten recht zu verherrlichen. Ueberall Ehrengeleite, Ständchen, Fackelzüge, musikalische Productionen, Feuerwerk u. s. w., ja in Hagenbach führten die unter der Leitung der Schulschwestern stehenden Schulkinder ein Theaterstück: „Joseph und seine Brüder“ mit großem Geschick und zu Aller Bewunderung auf. Die ungemein große und ehrsüchtige Theilnahme des katholischen Volkes an den Festlichkeiten, welche noch nie einem Bischofe gegenüber so großartige Dimensionen angenommen hatten, bewies, wie sehr die Mehrzahl der Katholiken der Pfalz gerade in unseren für die Kirche so schweren Zeiten ihren Bischof zu ehren verstand und es für nothwendig hielt, durch die ihm dargebrachten Ovationen eine Demonstration gegen die Versuche zu machen, Bischof und Clerus einerseits und das treue katholische Volk andererseits zu entzweien. Die Firmungsreise unseres hochw. Herrn Bischofs von Speyer war eine wahre Triumphreise, ein ächt katholisches Glaubensbekenntniß, eine Erklärung der Treue und Anhänglichkeit an den mit dem Papste vereinigten Episcopat in einer so klaren und herrlichen Weise, daß die Kirchenfeinde mit und ohne Portefeuille daran recht gut abnehmen können (wenn anders blinde Leidenschaft noch einer Bekehrung fähig ist!), daß ihr bisheriges Verfahren nur zur Kräftigung des Katholicismus beigetragen hat und an dieser Macht und Kraft katholischer Gewissen alle Verfolgung zu Schanden werden wird. Herr Bischof von Hanenberg eroberte auf seiner Firmungsreise Aller Herzen durch sein liebevolles, freundliches Benehmen, wie nicht minder durch die religiöse Begeisterung und mächtige Beredsamkeit, womit er in seinen Ansprachen an das Volk die Gläubigen für die Sache der Religion und Kirche ganz und gar zu gewinnen wußte. Am 11. Mai verließ der hochw. Herr das Decanat Germersheim, um im Decanate Bergzabern die Firmung fortzusetzen und am 17. in ersteres Decanat zurückzukehren, worauf durch Se. bischöflichen Gnaden am 18. die kirchliche Einweihung der neuerbauten, prachtvollen Kirche zu Bellheim und am 25. die Firmung in Germersheim vorgenommen werden wird. Möge Gott den vielgeliebten Oberhirten uns noch recht lange in Gesundheit und Zufriedenheit erhalten! (Augsb. Postztg.)

o Mainz, 20. Mai. In der Pfingstwoche, vom 3. bis 5. Juni d. J. tritt, wie Sie bereits mitgetheilt, die erste Generalversammlung des deutschen Katholikenvereins in Mainz zusammen. Aus allen Gegenden Deutschlands laufen schon so zahlreiche Anmeldungen ein, daß es schwer halten wird, für alle Besucher die nöthigen Quartiere zu beschaffen, wenn nicht vorherige Anzeige hierher gelangt. Wir rathen daher den Besuchern, sich wegen eines passenden Unterkommens zeitig an das Vereinssecretariat zu wenden.

Bingen, 19. Mai. Ueber das Eisenbahnunglück in der Nacht vom 17. auf den 18. wird gemeldet: Das Unglück ereignete sich auf der Strecke zwischen Bingen und Gaultsheim, ganz in der Nähe des Binger Bahnhofs; es stieß ein aus letzterem Bahnhofe herausfahrender Rangirzug mit dem von Mainz um 12 Uhr 27 M. ankommenden Personenzuge zu-

sammen. Der Erfolg war ein schrecklicher: Drei Personen, ein Reisender aus Iserlohn und zwei Bahnbediente blieben auf der Stelle todt, dreizehn Personen erlitten theils mehr, theils weniger schwere Verletzungen (unter diesen befinden sich der Zugführer des Personenzuges, der Heizer des Rangirzuges und der Oberlieutenant der Binger Etappe — nicht ein Major — und 2 Postbedienstete); die beiden Maschinen waren bis an die Siedrohre in einander gerannt und drei Personenwagen vollständig zertrümmert. Für ärztliche Hilfe und Unterbringung der Verwundeten ist sofort in umfassender Weise Sorge getragen worden. Ob und inwiefern das unglückliche Ereigniß durch ein Verschulden des Bahnpersonals herbeigeführt wurde, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden; die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Berlin, 17. Mai. Der Besuch, welchen der frühere Ministerpräsident Frhr. v. Manteuffel und dessen Gemahlin in diesen Tagen ihrem Vetter, dem commandirenden General v. Manteuffel in Nancy abgestattet haben, und von welchem jene heute zurückgekehrt sind, macht der journalistischen Leibgarde des Fürsten Bismarck viel Kopfschmerzen. Ein Special-Organ des Reichskanzlers, das „Deutsche Wochenblatt“, ist deshalb schon zu der Erklärung veranlaßt worden, daß General von Manteuffel, „der als fein gebildeter Mann Interesse an der Politik nehme und seine selbstständigen Ansichten habe, gleichwohl vor allem Soldat und der loyalste Unterthan Sr. Majestät sei, dem nichts ferner liege und innerlich mehr unmöglich sei, als gegen Rätze der Krone, welche im Besitze des allerhöchsten Vertrauens seien, in Worten oder Werken etwas Feindseliges zu planen.“ Trotz dieser gerühmten Eigenschaften hat aber doch bekanntlich recht lange eine ernste Spannung zwischen dem General und dem damaligen Ministerpräsidenten v. Bismarck bestanden, welche erst ihre Ausgleichung fand, als General von Manteuffel in Schleswig-Holstein den Posten eines General-Gouverneurs übernahm. Ob der General v. Manteuffel sich heute noch mit dem gegenwärtigen Regierungssystem und insbesondere mit dem Vorgehen des leitenden Staatsmannes „in vollkommener Uebereinstimmung befindet“, wie dies von dem genannten officiösen Organ behauptet wird, muß stark bezweifelt werden. Von Interesse ist übrigens, daß auch dieses Blatt nicht von einem Regierungssystem, sondern von einem System der Politik des Kaisers Wilhelm spricht, also den Fürsten Bismarck ebenfalls mit der Person des Kaisers zu decken sucht. Gegen diesen Unfug haben die Führer des Centrums sich wiederholt mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. — Zum Beweise dafür, daß auch die ausländische Presse sich beifällig über die kirchenpolitischen Gesetze ausspreche, citirt die „Nordd. Allg. Btg.“ heute eine Aeußerung der in Wien erscheinenden „Deutschen Zeitung“. In gleicher Weise wird bekanntlich auch die „Süddeutsche Presse“ verwerthet, deren bisheriger Herausgeber Dr. Fröbel jetzt für seine Dienstleistungen mit dem deutschen Consulatsposten in Smyrna belohnt worden ist. Man ersieht daraus, was es mit der Unabhängigkeit von dergleichen Urtheilen auf sich hat. (R. V. Z.)

Berlin, 19. Mai. Es ist bemerkenswerth, daß Fürst Bismarck den gewohnten ungetheilten Beifall zu seiner gewohnten Kampfweise gegen das Centrum in den letzten Debatten wegen Elsaß-Lothringen nicht gefunden hat. Während z. B. die nationalservile officiöse „Magdb. Btg.“ sich berufen fühlt, das „leichte Spiel“ zu rühmen, welches Fürst Bismarck gegen „seine ultramontanen Gegner“ gehabt, und seine Worte „voll Mitgefühl und Wohlwollen für die neuen Staatsangehörigen (Elsaß-Lothringen)“ findet, fällt dem Correspondenten der „Pos. Btg.“ auf, daß Bismarck die Annexion von Elsaß-Lothringen lediglich aus dem Gesichtspunkte der militärischen Sicherheit, nicht mehr aus Rücksichten der Stammverwandtschaft vertrat. „Der fortgesetzt ironische Ton“, so fährt er fort, „mit welchem er den Abg. Windthorst (Weppen) behandelte, fand auch bei des Reichskanzlers wärmsten Freunden keinen sonderlichen Beifall. Die Reichstagsmitglieder haben mit so vielen Beamten in Elsaß-Lothringen Bekanntschaft, daß man sich nicht verhehlt, wie große Mißgriffe in der letzten Zeit dort von der Verwaltung begangen worden sind. Die Verfassungsmäßigkeit der Ausweisung des Generalvicars Rapp ist doch etwas mehr als eine bloß theoretische Frage.“ (Germ.)

Berlin, 21. Mai. Ueber die Reisepläne des Kaisers erfährt die „Provinzialcorrespondenz“, daß derselbe am 15. Juni nach Frankfurt gehen wird, um mit dem Kaiser von Rußland zusammenzutreffen und gemeinsam mit diesem einen Besuch in Jügen-

heim und Darmstadt zu machen. Von dort dürfte in der zweiten Hälfte des Juni die Reise des Kaisers Wilhelm nach Wien erfolgen. In der ersten Juliwöche wird der Kaiser zur Kur nach Gms gehen. — Der Besuch des Schah von Persien am hiesigen Hofe erfolgt voraussichtlich am 5. Juni.

Breslau, 22. Mai. Die Breslauer Zeitung meldet aus Neustadt, daß dort gestern der Candidat der Ultramontanen, Graf Stolberg-Drustave, mit bedeutender Majorität zum Reichstags-Abgeordneten des dortigen Kreises gewählt wurde.

Ausland.

Pest, 20. Mai. „Pester Lloyd“ veröffentlicht den Wortlaut eines Schreibens de Pretis vom 16. d. M. an den ungarischen Finanzminister, worin er für dessen Entgegenkommen in der Frage der Suspendierung der Bankacten dankt. Er erklärt, daß er das Verlangen der ungarischen Regierung betreffs Erhöhung der Dotation der ungarischen Bankfilialen bei der Nationalbank warm befürwortet habe und theilt schließlich einen bezüglichen Beschluß der Nationalbank mit, wonach dieselbe nicht nur Willens sei alle gesunden Bedürfnisse des ungarischen Handels und der ungarischen Industrie zu befriedigen, sondern auch die Dotation der Pester Filiale um 4 Mill. vorläufig auf die Dauer von 3 Monaten erhöht.

Genf, 21. Mai. Das „Journal de Genève“ veröffentlicht den Wortlaut eines vom 1. Mai datirten Briefes des Herrn von Lesseps an den General Ignatieff, worin der erstere in seinem und des Ingenieurs beim Suezkanal Cotaret Namen dem General das Project einer 3740 Kilometer langen Eisenbahn zwischen Drenburg und Peshawar zur Prüfung unterbreitet. Lesseps sagt, daß er sich an die Spitze einer Gesellschaft zur Vornahme der erforderlichen Untersuchungen stelle und hebt die ungeheuren Vortheile hervor, welche der Bau einer solchen Eisenbahn haben und wie sie namentlich dazu beitragen würde, das Ende des Antagonismus zwischen Rußland und England herbeizuführen. Lesseps veranschlagt die Kosten der in Centralasien anzustellenden Untersuchungen auf 3 Millionen und erklärt sich bereit, damit zu beginnen, wenn die russische Regierung dem Projecte im Princip zustimmt. Die russische Regierung habe unmittelbar darauf telegraphisch geantwortet, daß sie annehme.

Aus Solothurn, 14. Mai, schreibt man dem „Duzerner Vaterland“: Der katholische Gottesdienst in Olten hat sich nun ebenfalls in ein Privathaus zurückgezogen. Am verflorenen Sonntag wurde er zum erstenmale in dieser Lokalität abgehalten. Es fanden sich circa 150 Theilnehmer ein. Die Katholiken hatten das Lokal recht ordentlich arrangirt und Samstag Abends dort ihren Rosenkranz gebetet. Doch gegen 10 Uhr Nachts stürmte eine betrunkene Rotte mit wüstem Geseul in das Haus, demolirte nach Herzenslust, zerbrach den Altar und verunreinigte das Lokal auf eine Weise, die des Bildungsgrades dieser Heiligen des neuen Zion würdig ist.

Rom, 15. Mai. Daß die verschiedenen Klöster aufgehoben werden, scheint kaum mehr zweifelhaft; die Frage dreht sich nur mehr noch um die Generalacte, deren etwa sechzig sind. Die Regierung will dieselben bestehen lassen, indem sie sich auf die Stipulationen des Garantiegesetzes und auf ihre den auswärtigen Mächten gegebenen Versprechungen beruft; die rothe und extreme Partei will aber nichts davon wissen. In consequenter Durchführung des Gesetzes soll nach keiner Seite hin Schonung angewandt werden; der Papst, so sagt man, möge sehen, wo er die Generale und ihre Coadjutoren unterbringe; Italien könne auf solche Kleinigkeiten hin die einmal für das ganze Land sanctionirten Befehle nicht umstoßen lassen. Und diese Actionspartei dürfte ohne Frage den Sieg davontragen über die Rückfichten und moralischen Bedenken, welche das Ministerium noch festhält. So ist es ja immer gewesen. Auch vor der Occupation Rom's opponirte das Ministerium und erklärte sich laut und feierlich durch die mit Frankreich geschlossenen Verträge gebunden u. verpflichtet, den Kirchenstaat nicht anzugreifen. Trotzdem drangen die Männer der That durch, und der Raubzug wurde beschlossen und ausgeführt, trotz der unerhörtesten Rechtsverletzung, die er involvirte. So wird auch jetzt das Ministerium und der König den Schreibern nachgeben müssen: Gewalt geht vor Recht, in Italien nicht weniger, als anderswo. Der Pöbelaufmarsch am verflorenen Sonntage und die Zusammenrottungen Tag für Tag vor dem Parlamentsgebäude auf Monte Citorio bilden den Rahmen zu den fulminanten Brandreden der Linken in der Kammer, und die einen mit den andern werden es schon ohne Zweifel fertig bringen,

daß das Gesetz im Sinne der Opposition durchgeht. So werden nur noch wenige Tage verfließen, bis das Urtheil gesprochen sein wird und Hunderte von Mönchen und Nonnen, darunter nicht wenige hochbetagte Leute von siebenzig Jahren und darüber, den Frieden ihrer Zelle verlassen müssen, mit der armseligen Verheißung einer kurzen Pension, die ihnen zudem noch nicht einmal ausgezahlt wird. Sie begreifen daher, wie die Klosterfrage alle Geister aufregt, wie zumal die eigentlichen Römer, die in den Klosterschulen ihren Unterricht erhalten haben, die unter den Ordensleuten Verwandte und Freunde zählen, mit ängstlicher Besorgniß den Gang der Verhandlungen verfolgen, während die Partei der Zerstörung alles anbietet, das Ministerium und dessen Anhang einzuschüchtern und so die Befehle durchzubringen. Daß sich diese Leute mit ganz besonderer Vorliebe auf das gegenwärtige System in Deutschland berufen, ist eben keine besondere Schmeichelei für unsere Nation. (R. V. B.)

Rom, 20. Mai. Die Deputirtenkammer verwarf mit 179 gegen 157 Stimmen den Antrag Mancini's auf vollständige Ausweisung der Jesuiten. Hierauf folgte die Debatte über den Antrag Debona's auf Ausschließung des Jesuitengenerals von den den Ordensgeneralen zugestandenen Begünstigungen.

Rom, 21. Mai. In einer im Vatican gestern stattgehabten Versammlung der Cardinäle wurde bezüglich der vom päpstlichen Stuhle dem Klostergehege gegenüber zu beobachtenden Haltung beschloffen: der päpstliche Stuhl müsse jede Bezahlung zur Erhaltung seiner Beziehungen mit den fremden Ordenshäusern ablehnen. Die Ordensgeneräle müßten von dem Rechte freier Association Gebrauch machen, die katholische Kirche Italiens endlich müsse sich organisiren, um den Liberalismus zu bekämpfen.

Rom, 22. Mai. In der von der Opinions erwählten Versammlung der Cardinäle führte Antonelli den Vorsitz. Fanfulla will wissen, daß Gegenstand der Berathung die Maßregeln waren, die man ergreifen müsse, um Störungen der Ordnung im Vatican zu verhindern, im Falle daß der Papst sterben sollte. Man befürchte solche namentlich unter den ehemaligen päpstlichen Soldaten wegen der Ungewißheit, in welcher dieselben sich über ihr Loos befinden. (!) Dem Fanfulla zufolge stellte der Vatican an die Mächte das Verlangen, ihre Vertreter zu ermächtigen, im Falle daß der Papst sterbe, den Vatican unter ihren directen Schutz zu nehmen. (?) Einstweilen hätten nur die Vertreter Frankreichs und Brasiliens das Verlangen günstig beantwortet, obwohl sie noch ohne Instruction seien.

Verailles, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Bildung der Bureau's und die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Von den gewählten Präsidenten der Bureau's gehören 13 der Rechten oder dem rechten Centrum und 2 dem linken Centrum an. Zum Präsidenten der Nationalversammlung wurde Buffet mit 359 Stimmen gegen Martel, auf den 289 Stimmen fielen, gewählt. Goulard, Benoist d'Azy und Bitet wurden zu Vicepräsidenten erwählt. Martel hatte nicht die genügende Majorität erlangt. Justizminister Dufaure legte dem Hause den Entwurf eines Wahlgesetzes vor. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden, daß die von der Rechten eingebrachte Interpellation am Freitag zur Verhandlung komme.

Paris, 21. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde Martel, Candidat der Linken, mit 330 Stimmen gegen Larcy, auf den 323 Stimmen fielen, zum Vicepräsidenten gewählt. Präsident Thiers nahm an der Abstimmung Theil. Der Präsident der Nationalversammlung Buffet dankte dem Hause für das ihm geschenkte Vertrauen. Er werde an dem Programm, welches er schon entwickelt habe, festhalten.

Haag, 21. Mai. Das gesammte Ministerium beschloß gestern, wie gerüchtweise verlautet, zu demissioniren, jedoch die am Sonntag erfolgende Rückkehr des Königs für die Vorlegung der Entlassungsgesuche abzuwarten.

London, 22. Mai. Wie dem Standard gemeldet wird, ist der kaiserliche Palast in Jeddo durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Perpignan, 21. Mai. Einer Meldung aus Cerbera vom 19. d. Mts. zufolge hätten Cristany, Canats und Prinz Alfons den Flecken Sanahuja nach lebhafter Vertheidigung durch 150 Freiwillige genommen. Die Freiwilligen hätten sich unter der Bedingung der Schonung des Lebens ergeben, seien aber trotzdem erschossen worden.

Perpignan, 22. Mai. Laut den letzten Nachrichten aus Sanahuja sind 20 Freiwillige erschossen und 36 Cavalleristen, 4 Officiere und ein Oberst gefangen. Ueber das Loos der Letzteren ist nichts bekannt.

Moskau, 21. Mai. Der Schah von Persien ist heute Abend 9 1/2 Uhr nach Petersburg abgereist.

Constantinopel, 21. Mai. Dem Vernehmen nach unterhandelte Lesseps mit dem russischen Botschafter, General Ignatieff, wegen Concession einer von Rußland durch Centralasien nach Indien führenden Eisenbahn, deren Ausgangspunkte Drenburg einer-, Peshawar andererseits wären. Lesseps soll von den ersten Verhandlungen befriedigt sein und demnächst officiell der russischen Regierung das Project unterbreiten wollen. Wie es heißt, wird derselbe eine Karte mit Bahntrace auf der Weltausstellung exponiren.

New-York, 10. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist in Panama eine Revolution ausgebrochen und hat ein Kampf zwischen Miliz und das stehende Heer bildenden Soldaten stattgefunden. Der Admiral Steedman, welcher sich mit dem Kriegsschiffe „Encacola“ dort befindet, hat das Eigenthum der Ausländer unter seinen Schutz genommen und beiden Parteien den Rath gegeben, Oberst Bernet zum Präsidenten zu ernennen.

Aus Japan überbrachte die neueste Ueberlandpost folgende Nachrichten: Die Regierung hat ein Edict erlassen, welches den Eingeborenen anbefiehlt, künstlich Brod statt Reis zu essen. In Jeddo sollen vier große Parks hergestellt werden. Die Kaiserin ist mit dem Beispiel vorangegangen, Zähne und Augenbraunen nicht mehr zu färben. Yokohama ist nun durch Gas erleuchtet. Sosejinen, der Minister für auswärtige Angelegenheiten, ist als Gesandter nach Tientsien gegangen, um eine Veränderung in dem Vertrage mit China zu erwirken und dem Vernehmen nach die chinesische Neutralität im Falle möglicher Verwickelungen mit Corea zu sichern. Japan hat eingewilligt, einen Vertrag mit Peru abzuschließen, aber weigert sich, territoriale Rechte zuzugestehen.

Notizen.

(Neuenburg, a. Rh., 19. Mai. Die gestrigen Brückenfeierlichkeiten haben den besten Verlauf genommen. Schon am Vorabend bewegte sich die hiesige Feuerwehr im Zug über die Brücke und zurück mit Musik und Fackelbeleuchtung unter Glodengeläute und Böllerfalten. Wunderbar war der Anblick der bei dem nächtlichen Zug über die lange Brücke im Rhein sich spiegelnden Fackeln. Folgenden Nachmittags gegen ein Uhr ging der Zug unter Vortritt der hiesigen Schuljugend, des Gesang- und Musik-Vereins mit stiegenden Fahnen, der Feuerwehr etc. und eines nicht endenwollenden Zuges der Bewohner der beiderseitigen Ufer unter Klängen der Musik und Abführung der „Wacht am Rhein“ etc. abermals über die Brücke und wieder hierher zurück. — Ein solcher Jubelzug von Menschen war hier selbst nicht bei dem Uebergang der ostpreussischen Armee im Jahr 1870 gesehen worden. Die Brücke selbst war festlich bekränzt und besetzt in den deutschen und badischen Farben. Den beiderseitigen Eingang der Brücke schmückten Bögen mit passenden Inschriften, von welcher einer lautete:

Sei uns die Brücke das glückliche Land,
Uns zu reichen die Bruderhand;
Nicht ferner mehr soll hier der Rhein
Eine Trennung deutscher Brüder sein! —

Der Himmel, der am Morgen mit Regen drohte, hatte sich Nachmittags aufgehheitert. Die ganze Feier verlief in ungetrübtester Heiterkeit; nicht der mindeste Unfall, auch nicht Fäkerien der beiderseitigen Uferbewohner, wie von mancher Seite hatte gefürchtet werden wollen, fiel vor. Zum Schluß Tanz in dem dicht angefüllten geräumigen Rathhaussaal. Den besten Schnitt machten selbstverständlich die Wirthe.

Bermischtes.

Teijin, 11. Mai. (Unglücksfall.) Ein Unglück höchst seltener Art hat sich am 8. d. M. auf dem Langensee zwischen Magadino und Locarno ereignet. Die Zeitungen des Cantons berichten über diesen Unglücksfall: Es war Markttag in Locarno, und, wie gewohnt, fuhr die Bevölkerung des linken Ufers auf Barken hinüber, wie sie die Schiffslerte gebrauchen, indem sie nach der Bequemlichkeit der Dampfschiffe wenig fragen. Etwa zehn Barken, alle mit Leuten beladen, setzten sich von Magadino nach Locarno in Bewegung, als in einer Entfernung von einem Kilometer von Locarno sich plötzlich ein furchtbarer Sturm erhob, welcher all' die hölzernen Marktbuden auf dem großen Platz in Locarno zertrümmerte und wirr durcheinander sammt Waaren aller Art längs dem Ufer des Sees dahintrug. Die Schiffslerte dachten daran zurückzukehren, wurden aber von der Wuth des Sturmes davon abgesehrt. Durch die äußerste Anstrengung, mit welcher sie gegen die Wellen kämpften, gelang es allen Barken, sich zu retten, mit Ausnahme einer einzigen, welche — sei es wegen Ueberladung, sei es wegen Unerfahrenheit des Schiffers, oder sei es endlich, daß die Personen sich nicht ruhig verhielten — in der Nähe von Vica umschlug. Von 19 Personen konnten von einer Barke, welche vom Ufer her zu Hilfe kam, nur 3 gerettet werden. Zum Unglück lag noch ein dichter Nebel auf dem See, so daß man nicht auf wenige Meter Entfernung sehen konnte. Die 17 unglücklichen Opfer sind Männer und Frauen von Magadino, Vira, Coutone und St. Antonio, alles Leute, welche um ihrer Geschäfte willen sich auf den Markt begeben wollten. Ein Opfer hatte 128 Napoleonsd'or bei sich, um eine Schuld abzu zahlen. Die Leichname sind noch nicht alle gefunden worden, und sehr viele arme Familien sind in schmerzliche Trauer versetzt. Ähnliche Unglücksfälle sind glücklicherweise sehr selten, wie eben auch solch' ein heftiger und unabänderlicher Sturm auf dem Langensee zu den größten Seltenheiten gehört. Der Umstand, daß in Locarno Markt war, welcher im Monat Mai einer der besuchtesten des Jahres ist, hätte leicht noch größeres Unglück herbeiführen können.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissinger.

